Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 44

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

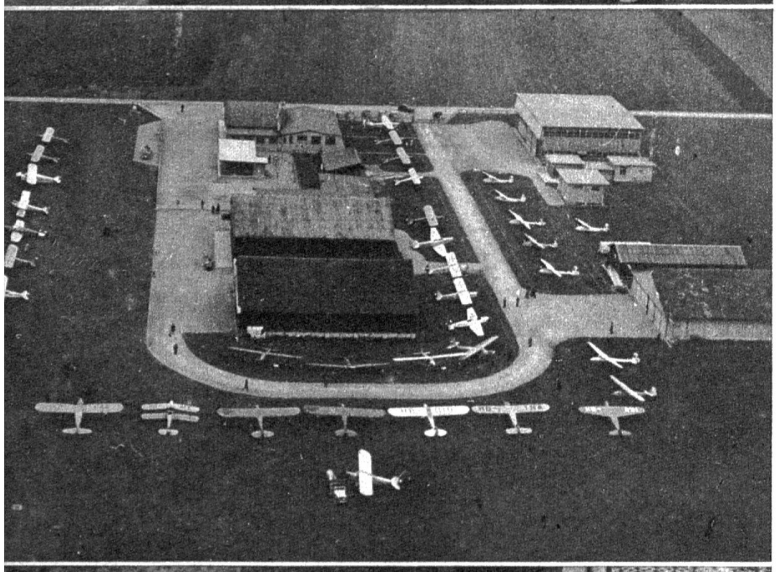
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

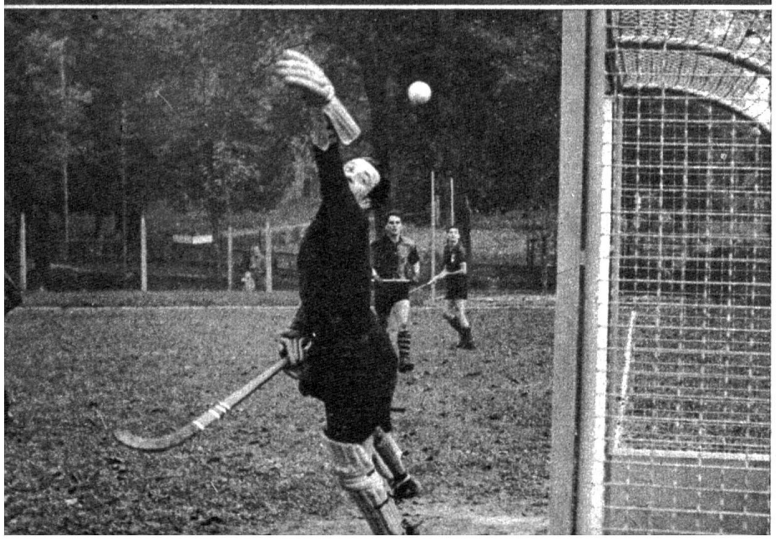
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Am Samstagvormittag wurden die Aspiranten der eben abgeschlossenen Offiziersschule in Bern in einem feierlichen Beförderungsakt im Münster zu Leutnants ernannt. Nach diesem Ernennungsakt defilierte das Korps der frischgebackenen Leutnants mit Fahne und Spiel vor ihrem Schulkommandanten und vor sonstigen anwesenden Offizieren und Persönlichkeiten ziviler Behörden.

Eröffnung der Ausstellung «Meisterwerke aus Oesterreich» in Zürich. Der erste Rundgang der Wiener Gäste, welche am Zustandekommen der Ausstellung hervorragenden Anteil haben, durch die Säle des Zürcher Kunsthauses. (Photopress)



Der erste Flugzeugmarkt der Schweiz. In Grenchen ist mit dem 1. Internationalen Flugzeugmarkt zugleich der erste Flugzeugmarkt der Schweiz durchgeführt worden. Trotz der Wetterungunst — starker Nebel — fanden sowohl die von verschiedenen Firmen zur Schau gestellten und vorgeflogenen Flugzeugtypen wie auch die Bestandteile grosses Interesse. Unser Bild zeigt die «Markt-Luftfahrzeuge» aus der Vogelschau (ATP)



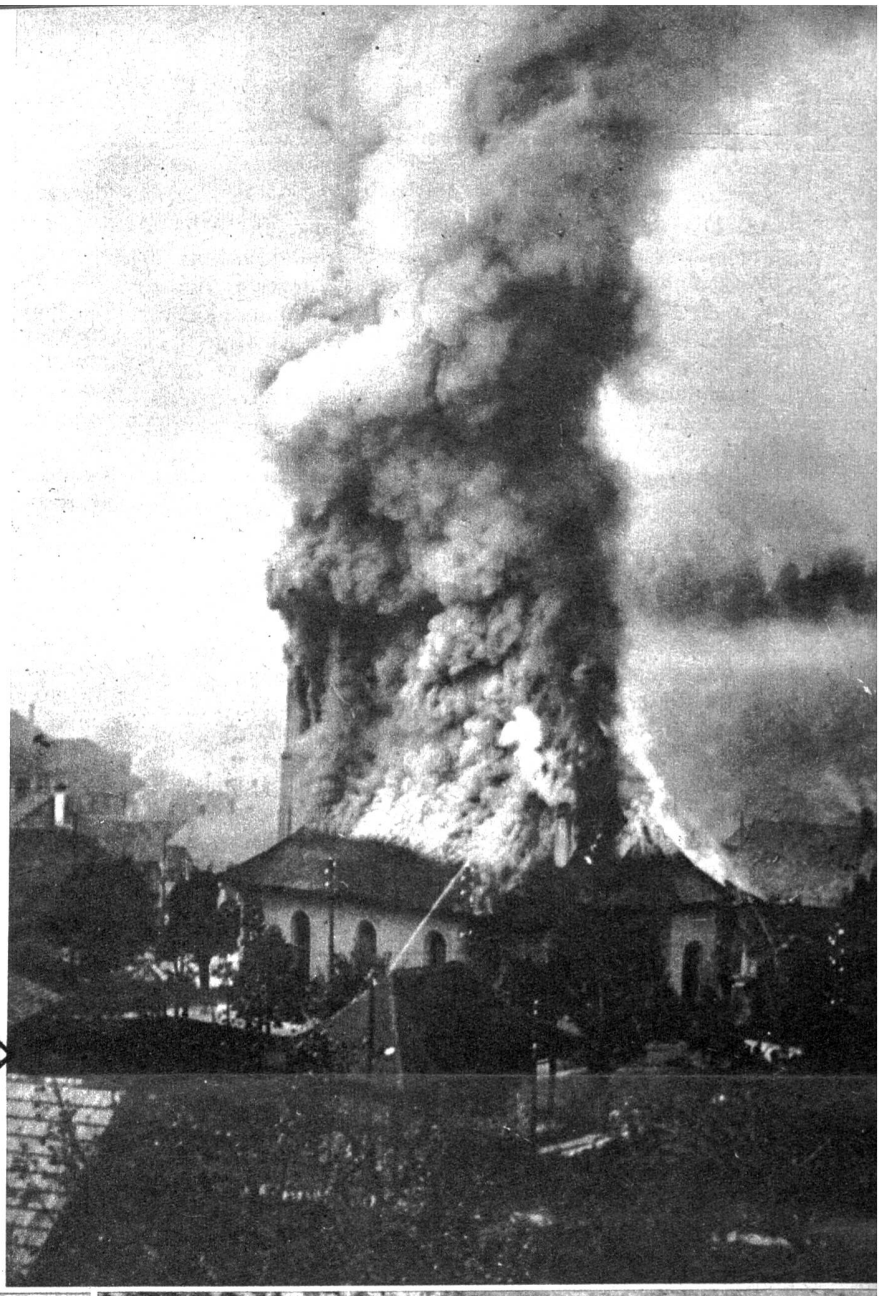
Landhockeymeisterschaft in Bern. Am letzten Sonntag lieferten sich die beiden Klubs der Meisterschaft Serie A im Landhockey einen erbitterten Kampf. H. C. Bern gewann gegen H. C. Young Sprinters Neuchâtel mit 5 : 0. Unser Bild zeigt einen hohen Eckball am Neuenburger Torhüter Terzi vorbei ins Goal fliegen (Pressbild Bern)

Auslandpressetag in Bern. Auf de Gurten fand am Donnerstag der alljähr liche Pressetag der ausländischen Kor respondenten statt. Unser Bild zeig links den Berner Stadtschreiber Dr Markwalder mit dem russischen Presse Attaché Nicolas Nuntor. (Pressbild Bern)

Im Altersheim Kehrstift in Bern tri am kommenden 6. November Frl. Mar **Hönger** in ihr 101. Lebensjahr. Die Hu dertjährige, die in Roggwil bei Langen thal geboren ist, musste schon in ihre 16. Lebensjahr in einer Strickerei arbe ten, wurde dann Hausangestellte i Berner Burgerspital und hat dann vo zwanzig Jahre lang bei der Berner Dic terin Frl. v. Greyerz treu gedient, dass ihr die Schriftstellerin eine Re aussetzte. (ATP)

«Französische Architektur» im Ku museum in Bern. Botschafter Ho Hoppenot (links), der diplomatis Vertreter Frankreichs in Bern, und Bu desrat Dr. Philipp Etter beim Ru gang durch die Ausstellung. (Photopre

Franz von Papen hat als letzter «Nürnberger» das Gefängnis verlassen, in dem er nach seiner Freisprechung freiwillig drei Wochen verbracht hatte, bis feststand, wohin er sich begeben kann. Vorläufig hat er die Gefängniszelle mit der Privatwohnung seines Sohnes in Nürnberg vertauscht. Unser Bild zeigt Franz von Papen beim Verlassen des Gefängnisses in Nürnberg. An seiner Seite sein Sohn, der ihn am Prozess verteidigt hatte. (Photopress)



Brand der Kirche von Wasen im Emmental. Die Kirche des Dorfes Wasen fiel am Sonntag einem Grossbrand zum Opfer. Währed dem Predigteinläuten brach vom Luftkanal der Heissluftheizung aus explosionsartig Feuer aus. Die bereits im Gotteshaus anwesenden Kirchgänger mussten ins Freie flüchten. Unser Bild zeigt die brennende Kirche. Gewaltige Rauchwolken steigen aus dem Dache empor. (Photopress)

Der Walfisch, der «an Land» ging. Ein ausgewachsener, 18 Meter langer Walfisch hat sich etwas allzukühn in die Bucht bei Huntington in der Nähe von Neuyork vorgewagt und wurde dort von der Ebbe überrascht, so dass er sich nicht mehr davonmachen konnte und schliesslich einging. Bis es aber so weit war, erweckte er die Schaulust Tausender von Neuyorkern, die eigens nach Huntington eilten (ATP)

Der amerikanische Generalstabschef und frühere alliierte Oberbefehlshaber **General Eisenhower** hat auf seiner Europareise der Venezia Giulia einen Besuch abgestattet und dabei die amerikanischen Truppen an der sogenannten Morganlinie inspiziert. Auf unserm Bilde richtet «Ike» gerade einige Worte an Leute des amerikanischen 351. Regimentes der 88. Division. (ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Keine Kassandrarufe bitte...

-an- Die düstern Propheten, welche uns ein baldiges Zusammenbrechen der jetzigen Wirtschaftskonjunktur in der Welt und damit auch im Inlande verheissen, finden sicher mehr Gläubige, als man vielleicht annehmen möchte. Immerhin setzen sich nach und nach einige wichtige Tatsachen im öffentlichen Bewusstsein durch, die das sachliche Nachdenken fördern können. Sachliches Nachdenken aber muss uns sagen, dass dieses «Umschlagen» jetzt und in nächster Zeit einfach ausgeschlossen sei, und dass man auch nach zwei oder mehreren Jahren noch auf keine wesentliche Aenderung in der Konjunkturlage rechnen muss. Stellen wir einmal *eines* fest: Nicht nur die ausgebluteten Länder, sondern auch die kriegverschonten leiden an Warenhunger. Jene, die am Kriege teilgenommen, ohne verwüstet worden zu sein, die also etwa in der Mitte zwischen den verwüsteten und den kriegverschonten stehen, zeigen das gleiche Phänomen. Ueberall bestehen gewaltige Bedürfnisse, die nach Befriedigung verlangen. Und was besonders wichtig ist: Man scheut auch keine Aufwendungen, um die benötigten Waren zu erlangen.

Was für uns besonders ins Gewicht fällt, ist der Umstand, dass auch unser «Produktionsapparat», den wir ja intakt durch den Krieg in die Nachkriegszeit gerettet haben, nicht genügt, um alle bestehenden Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist nun aber *eine der grundlegenden volkswirtschaftlichen Erfahrungen, dass Konjunkturen gar nicht aufhören können, solange das Bedürfnis nach «Vergrösserung der Produktionsapparate» besteht.* So war es in jeder Epoche des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaues. Erst wenn es nicht mehr rentiert, neben eine Fabrik eine zweite zu stellen, den Viehbestand eines Landes zu vermehren, Handelskontore auszubauen und neue Verkehrswege zu bauen, Transportmittel zu vermehren und dergleichen, wird die Lage gefährlich. Heute scheint noch kein Konkurrent den andern zu fürchten — nur den *künftigen* fürchtet man.

Was *unsern* «Produktionsapparat» angeht: Es soll niemand behaupten, dass er zu gross sei, *solange die 20 Prozent Kühe, die wir nach Kriegsende weniger besassen als 1939, nicht wieder nachgewachsen sind.* Wenn wir im Jahr 1946 nur 11 Wagen Käse monatlich gegen 180 im Jahr 1938 exportierten, wenn wir statt 64 Wagen Milchkonserven nur 50, die Sendungen der Schweizer Spende und die zahlreichen privat gespendeten Pakete mitgerechnet, über die Grenze spedierten — und wenn wir dabei an unsere noch lange nicht auf Normalhöhe gebrachten eigenen Rationen denken, dann wissen wir, wie weit wir von einem angeblichen «Kipp-Punkt» der landwirtschaftlichen Konjunktur stehen. *Genau das gleiche aber ist auch in bezug auf die industrielle Konjunktur zu sagen.* Wir vergessen einfach, wenn wir den Leutemangel diskutieren und daraus die «Ueberblähung» der Wirtschaft schliessen, dass vor dem Kriege Hunderttausende von ausländischen Arbeitern bei uns Arbeit und Brot fanden, Leute, die man beim heutigen Beschäftigungsgrade noch gar nicht unterbrächte.

Zur Zeit der UNO-Tagung

Die UNO-Generalversammlung tagt in USA — und mittlerweile läuft die Entwicklung der Welt auf ihre unbekannten Ziele hin weiter. Wer sich den Blick für Realitäten nicht trüben lässt, weiss, dass Reden und Handeln immer zweierlei sind, dass an Konferenzen hauptsächlich geredet, *neben* den Konferenzen her aber gehandelt wird. Man wird also überzeugt sein müssen, dass das Wichtige nicht an der UNO-Tagung geschieht, sondern überall anderswo. Freilich kündet es sich auch an jener weltvertretenden Versammlung an, dieses Wesentliche. Da haben beispielsweise *die chinesischen Kommunisten*, das heisst die Vertreter des faktisch unabhängigen *Schen-Si* und der angrenzenden Provinzen, eine Botschaft gesandt, in welcher sie die USA förmlich anklagen, mit ihrer *Politik der einseitigen Unterstützung Tschiang Kai Schecks und seiner nationalen Armee den Frieden zu gefährden.* Selbstverständlich wird diese Anklage an der Versammlung überhört werden. Denn die seit bald zwanzig Jahren amtende Schen-Si-Regierung ist keine «anerkannte», keine, die sich je darum bemüht hätte, anerkannt zu werden, und nicht einmal eine, welche versucht hätte, das Band zwischen sich und Gesamt-China zu zerreissen. Was aber daraus wird, wenn die nationalistischen Truppen den Hoangho überschreiten und das Zentrum von Schen-Si selbst angreifen, steht noch nicht fest. Moskau hat in seinem «Friedensschluss» mit Tschungking versprochen, sich nicht in die innern Verhältnisse Chinas einzumischen. Dieses Versprechen wurde unter der Annahme gegeben, dass der Gürtel roter, sowjetfreundlicher Provinzen in Nordchina erhalten bleibe. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, dass die akute Gefahr für Schen-Si auch die russische Aktion zu seiner Rettung zeitigt — und dann wird man sehen, dass der rote Warnruf nach Amerika eben doch eine Stimme war, die nicht hätte überhört werden dürfen.

Wir haben unter dem gleichen Gesichtspunkt *eine Klage Indiens über die Behandlung der Inder in der südafrikanischen Union* zu nennen. Wenn morgen oder in einem Jahr (oder in einem halben Jahrzehnt, ganz gleichgültig wann) — diese Klage der Hindus vor dem obersten Parlament der Welt gefolgt wird von einer ähnlichen Beschwerde der Schwarzen Südafrikas, dann wird man sich vielleicht der Hindus annehmen, aber noch nicht der Schwarzen. Aber offenbar wird dann auf jeden Fall werden, *dass Südafrika ein viel schlimmeres Rassenproblem als die USA zu lösen hat.* Es stehen hier 2 Millionen Weisse (Engländer und holländische Buren), die alle politischen Rechte besitzen, während die Schwarzen davon ausgeschlossen sind. Man hat sie nicht, wie die Rothäute in USA, ausgerottet, wohl aber zunächst aus bestimmten Landstrichen verdrängt, nun aber als billige Arbeitskräfte vor allem für Bergbau und Industrie wieder hergeholt, und es entwickelt sich ein «schwarzes Proletariat», in welchem die revolutionären Parolen des Weltkommunismus sehr leicht Eingang finden werden, sobald es sich seiner selbst und der schweren politischen und sozialen Benachteiligung bewusst wird. Die Hindus als bevorzugte Arbeiterschicht — man zählte sie bisher einfach zu den «Farbigen» — kann entweder auf die Seite der Weissen fallen, je nach der Behandlung, welche man ihnen zuteil werden lässt, oder sie entwickelt sich zur Avantgarde der Dunkelhäutigen. Die schönen Theorien von Rassengleichheit, sozialer Gerechtigkeit, politischer Gleichberechtigung aller Nationen verpflichten eigentlich die UNO, sich mit den Umständen zu befassen, welche eines Tages irgendwo auf der Welt zu Explosionen führen könnten, wie dies für Südafrika vorauszusehen ist. Aber die Art und Weise, wie der sonst so prophetische *Mr. Smuts*, der südafrikanische Premier, die indischen Klagen beantwortet, lässt leider kein Eingreifen einer Weltinstanz in derlei «innerpolitische» Fragen von souveränen Mitgliedstaaten der UNO erwarten. Nicht in Südafrika, nicht anderswo.

Das spanische Problem,
welches an der Tagesordnung ebenfalls besprochen werden soll, lässt ebenfalls erkennen, wie platonisch alle Reden

und Resolutionen dieser zweiten Generalversammlung zu werden versprechen. Wir haben eine energische *Offensive der franco-gegnerischen Kreise in der Welt* beobachten können. *Der britische Gewerkschaftskongress* hat den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England und Franco-Spanien diskutiert und gutgeheissen, ganz *im Gegensatz zu den Ansichten im Schosse der Labourregierung,* wo man einsichtig genug feststellt, dass derlei Massnahmen die Position Francos bisher nur verstärkt hätten. Und — ganz *im Gegensatz zu den englischen Exporthandelskreisen,* die im laufenden Jahre nach Noten Spanien beliefern und dabei verdienen. Man nimmt an, der Spanienhandel Englands betrage mehr als das Doppelte des Jahres 1945. Das Mangel leidende England kann sich ganz bestimmt der Parole der Gewerkschaften nicht anschliessen.

Dass es das nicht kann, erregt aber das fortdauernde Misstrauen der Russen. *Radio Moskau bezeichnet das Franco-Regime als das moderne trojanische Pferd, das in die neue Welt hineingeschmuggelt worden sei.* Ohne Zweifel bedeutet der Aufruf an das spanische Volk, aus welchem diese Bezeichnung stammt, den Auftakt zu einer Kampagne, welche den Standpunkt des «slawischen Blocks» innerhalb der UNO unterstützen soll. Natürlich wissen die Russen, dass sie nicht durchdringen werden. Sie stellen aber in Rechnung, dass «Propaganda auch etwas sei». *Mexiko, Brasilien,* neuerdings *Bolivien* und vielleicht morgen ausser *Uruguay* auch andere südamerikanische Staaten stimmen solchen Parolen zu. In Europa wird die antiphalangistische These beispielsweise eine Rolle in den *französischen Wahlen von nächsthin* spielen. *In Italien,* wo sich die *Sozialisten und Kommunisten zu einer Aktionsgemeinschaft gefunden haben,* während der Linkssozialist *Pietro Nenni als neuer Premier* sein Amt antritt, dürfte gerade das Zusammenspiel des politischen Rechtskatholizismus und des fascistischen Spaniens die Grundlage für ein innen- und aussenpolitisches Kampfprogramm abgeben, mit dem die beiden Linksparteien in die ebenfalls bevorstehenden *Wahlen für das neue Parlament* ziehen werden. «Der Fascismus ist nicht tot» — die Phalange in Spanien ist ein Herd der fascistischen Gegenrevolution», «Franco ist die Kreatur Hitlers und Mussolinis» — all diese Thesen wecken in Italien ein besonderes Echo. Hat doch die Regierung erst in den letzten Tagen *zwei als linkspolitisch getarnte Organisationen in Norditalien hochgenommen,* eine, die sich als «MRP» wie in Frankreich bezeichnete und eine andere mit dem schlichten Namen «Partisanen». Und seit dem Zusammenschluss des «Uomo qualunque» mit den Liberalen, seit den aufgedeckten Querverbindungen zwischen dieser Rechten und dem rechtsgerichteten Katholizismus steht ein *Abbröckeln der «Christ-Demokraten»* in Aussicht. Für die Linksfusion geht es um die Erringung der absoluten Mehrheit im neuen Parlament. Sie besitzt heute nur die Hälfte der Sitze. Die Christlichen waren stärker als Sozialisten und Kommunisten einzeln. Ob ihnen der Zerfall der Linken nützen wird, ob die Betonung der Fascistengefahr im Inland und Ausland das Volk erschrekken oder gleichgültig lassen wird, lässt sich ja so wenig voraussagen wie die Endwirkung des schweren Friedensvertrages auf die Massen. (Aus dem Unheil dieses Vertrages wird natürlich in erster Linie die Rechte Kapital zu schlagen versuchen).

Sicher aber ist dies: Mit dem Vorstoss gegen Spanien bezwecken die Russen in erster Linie die *Elektrisierung der Linksbewegungen in aller Welt.* Man wird sich auch fragen können, ob das *Begehren der Spanisch-Marokkaner vor der UNO, von der Herrschaft Madrids befreit zu werden,* nicht ins Kapitel dieser wohlaufgezogenen Propaganda gehöre.

An der «deutschen Front»,

über die nicht an der «UNO», wohl aber an der kommenden viel bedeutsamern *Aussenminister-Konferenz* gesprochen werden wird, hat in den letzten Tagen *ein* Ereignis gewaltiges Aufsehen erregt: Der *Abtransport deutscher Spezialisten und Arbeiter aus der russischen Zone nach Osten.* Man weiss nicht, wie weit nach Osten, nimmt aber an, dass es sich um die Ueberführung hochwichtiger Kräfte nach russischen Industriezentren handle. Gerüchtweise verlautet, die Familien der Abtransportierten hätten bereits die Erlaubnis, ihren Männern nachzureisen. Doch sind das Gerüchte, die noch nicht bestätigt wurden. Hand in Hand mit dem Abtransport der Menschen ging der Beginn einer neuen *Maschinen- und Fabrikdemontierung.* Mit andern Worten: Moskau will den Spezialisten auch die fehlenden «Utensilien» nachschicken. Gegen diese Massnahmen erheben die deutschen Arbeiter, so weit sie nicht in der SED organisiert sind, Protest. Sie wenden sich an das russische Kommando in Berlin, sie richten über dieses Kommando *Appelle an Stalin,* sie beschwören die Russen, sie nicht in Massen arbeitslos zu machen. Besonderes Aufsehen erregte die Lahmlegung der *Zeisswerke in Jena,* und bekannt wurde gerade der Protest der dortigen Fabrikbelegschaft.

Jedermann fragt sich, was die Russen eigentlich vorhaben. Die nicht russisch orientierten Zeitungen sagen Folgendes: Russland hat den *Sieg der deutschen Sozialdemokraten über die Kommunisten von den SED bei den Wahlen in der russischen Zone* — genauer: Die vernichtende Niederlage der Kommunisten — mit bitterm Missvergnügen zur Kenntnis genommen. Die Demontierung wichtiger Fabriken und die «Deportierung» der Spezialisten bedeutet entweder die Rache Moskaus oder etwas noch Gefährlicheres: Moskau will die auf deutschem Boden betriebenen Rüstungswerke, wozu auch scheinbar unkriegerische Werke gehören, aus der Blickweite der Alliierten entfernen, und zwar nach Sibirien.

Anders erklären uns die russlandfreundlichen deutschen Zeitungen den Fall. Sie sagen: *Russland tut nur, was der Westen seit Ende des Krieges getan,* und zwar ohne dass dagegen protestiert worden wäre. Hunderte und Tausende von Spezialisten der Rüstungsindustrie Hitlerdeutschlands wurden nach USA und England übergeführt, massenweise sitzen sie übrigens in Lagern der Westzonen, wo man seit langer Zeit schon ungescheut Arbeiten verrichtet, welche der Herstellung von Atombomben und den Versuchen mit V-Waffen dienen. Wenn also heute die Russen, im Zuge der «Säuberung» in einem besetzten Lande, mit dem man noch nicht Frieden geschlossen, die gefährlichen Ansätze für eine spätere deutsche Kriegsindustrie entfernten, so täten die andern besser, es den Russen gleich zu tun.

«Chi lo sa?» sagen die Italiener. Wer weiss es! Russland lässt *Molotow in USA Truman für seine aufrichtige Friedensrede bei der Begrüssung der UNO-Versammlung danken,* bringt aber allem Anschein nach aus Deutschland in Sicherheit, was es «zu seiner Sicherheit» dienlich findet. Ob es schuld ist, dass *die ost-österreichischen Bahnen wegen Kohlenmangel nicht fahren,* und ob auch dies in ein Programm begonnener politischer Pressionen gehört, wer weiss es. Nach Russlands Programm sind jedenfalls *die Wahlen in Bulgarien* mit dem *absoluten Siege der Kommunisten* verlaufen. Dieser Position dürfte es sicher sein — so sicher wie die deutsche unsicher geworden ist. Damit aber haben wir auf eine der *Schwächen Russlands an der kommenden Aussenministerkonferenz* festgestellt. Eine Schwäche, aus der man die oder jene russische Schroffheit während dieser Konferenz oder schon an der jetzigen UNO-Versammlung erklären kann. Man denke etwa an die *scharfe Abweisung jedes Versuches, das Vetorecht der Grossmächte zu beschneiden.*

Veltlinerstube
Herrengasse 25 (Casino)